



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 5. Juni 1919.

4 Seiten.—Nr. 72.

## Mit den Türken wird nicht gefackelt

### Werden zu den ihnen unterbreiteten Bedingungen Ja und Amen sagen müssen; Deutsche werden am 12. Juni Antwort erhalten

#### In Deutschland sucht man Anschluss an Amerika

Paris, 5. Juni. (Von Fred Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Die „Großen Vier“ haben unoffizielle Berichte zufolge, beschlossen, die türkischen Friedensdelegaten vor sich zu beschleiden, jedoch ist das genaue Datum noch nicht festgelegt worden. Aus derselben Quelle verlautet, dass man die Türken eher als Staffage als bevollmächtigte Friedensdelegaten betrachtet; es dürfte ihnen schwerlich Gelegenheit gegeben werden, Einwürfe gegen die der Türkei auferlegten Friedensbedingungen zu erheben; sie müssen sich damit zufriedengeben, was von ihnen gefordert wird.

Amerika dürfte bei Abfassung der Bedingungen nur als Berater hinzugezogen werden, da die Ver. Staaten keinerlei Interesse daran haben, außer sie übernehme das Mandat über einen Teil des früheren türkischen Reiches.

Die Frage der Wahrung der den Deutschen gestellten Bedingungen beschäftigt immer noch die „Großen Vier“. Die amerikanischen Sachverständigen sind immer noch derselben Ansicht, wie zu Beginn der Friedensverhandlungen. Noch vor wenigen Tagen glaubte man, dass es ganz und gar von Lord George abhängt, ob die Bedingungen gemildert werden sollten, und jetzt haben die Briten eine derartige Sinnesänderung zugunsten der Wahrung des Vertrages zur Schau getragen, dass sich deren Ansichten genau mit denjenigen der Amerikaner zu demjenigen der Konferenz decken. Alles, was die amerikanischen Delegierten jetzt tun können, ist, die Ansichten der Briten und Franzosen einander näher zu bringen. Premier Clemenceau aber will von einer Änderung der Bedingungen nichts wissen.

Der gemeinsame Bericht der amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Sachverständigen über die deutschen Einwürfe wird baldigst interbreitet werden, so dass man vielleicht schon am 12. Juni auf eine Antwort auf die deutschen Gegenentwürfe erwarten kann.

#### Zur Sachlage.

London, 5. Juni. — Trotz dem die österreichische Regierung die österreichischen Zeitungen mit den Friedensbedingungen unzufrieden ist, scheint sich das Volk der neuen Republik Österreichs dennoch in sein Schicksal zu fügen, wissend, dass es schicksalhaft ist, denn der einst so mächtige österreichisch-ungarische Staat ist zu einem von allen Meeren abgegrenzten kleinen Land herabgesunken. Die allgemeine Meinung geht dahin, dass man es mit einem Frieden der Gewalt zu tun hat und nicht mit einem solchen, der auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson zurückzuführen ist.

Die „Großen Vier“ beraten gewöhnlich die von den deutschen Deputierten unterbreiteten Einwände; andere Aufmerksamkeit wird jedoch den Aufmerksamkeiten zugeteilt, die sich dem Schicksal und Schadenersatzfragen beziehen; und in dieser Hinsicht sind die Friedensbedingungen ein Wägen auf dem Wasser, besonders die Bestimmungen über das Kartell und Oberflächen betrifft.

Der Hinweis der deutschen Deputierten auf den Umstand, dass Deutschland den Bedingungen ohne eine Handelsflotte da und unwirksam ist, übersehen zu werden, hat die „Großen Vier“ stark beunruhigt. Auch in die Fall dürfte man den Deutschen einräumliche machen.

Die Lage in Italien des Deutschen Reiches wird wieder drohen, und die Alliierten beileben sich, Verhandlungen zum Abschluss bringen. In einem Bericht aus Deutschland heißt es, dass Reichsminister Rostke die Küstenbefestigungen inspiziert und die Garnisonen inspiziert hat. Über 200 deutsche Städte haben amerikanische Volk einen Ap-

pell um einen gerechten den 14 Punkten des Präsidenten Wilson entsprechenden Frieden gerichtet; auch wird in demselben gegen die Verbeibehaltung der Blockade protestiert. Der Appell ist von 30,000,000 Personen unterzeichnet.

Allen Anschein nach ist tatsächlich mit Hilfe französischer Offiziere die Rheinische Republik in Wiesbaden gebildet worden. Eine Berliner Depesche meldet, dass der temporäre Präsident Dr. Dörner und dessen Mitarbeiter bei ihrem Eintreffen in Wiesbaden von der Bevölkerung feil empfangen wurden, doch kam es wegen der Anwesenheit französischer Offiziere, die sich in ihrer Begleitung befanden, zu keinerlei Demonstrationen. Viele bestanden darauf, dass den Befehlen Dörners entsprochen wurde.

Volkswirtschaftlichen Nachrichten zufolge ist von einem von General Semenov einberufenen Kongress die Unabhängigkeit der Mongolei erklärt worden. Semenov selbst, Führer der Kosaken, ist zum „Großfürsten der Mongolei“ ausgerufen worden. Moskauer Meldungen zufolge haben Bolschewiki gegen Estländer und finnische Truppen, die auf Betragen marschieren, die Offensive ergriffen.

#### Spartaker planen Aufrüstung.

Berlin, 5. Juni. — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, dass nicht nur Leutnant Vogel, sondern auch andere Personen, die mit der Ermordung Liebknechts in Verbindung standen und bestraft wurden, aus dem Gefängnis entlassen sind. Es sind dieses Hauptmann Heit und Leutnant Liebmann; beide sollen sich mit falschen Pässen nach Holland begeben haben. Dieses wurde von den deutschen Zeitungen unterdrückt, da man befürchtete, dass ein großer Teil des Volkes, der der Regierung jetzt feindlich gesinnt ist, gegen sie wenden würde. Man weiß, dass die Regierung im Geheimen Maßregeln getroffen hat, einen etwaigen Spartakeraufstand, der vorbereitet wird, in keine zu ersticken.

#### Kontakte erhalten die Bedingungen.

Kopenhagen, 5. Juni. — In Deutschland greift eine Bewegung immer mehr zu sich, eine Art Bündnis mit den Ver. Staaten herzustellen oder den Amerikanern das Protektorat über Deutschland anzubieten. Deutschland soll von Amerika finanzielle Hilfe erhalten und dafür den Hauptanteil des Gewinnes aus den Industrien ziehen. Geheimrat Bergmann, früher Geschäftsteilhaber der Edison Gesellschaften und einer der hervorragendsten hiesigen Elektriker, bringt eine deutsch-amerikanische Geschäftsteilhaberschaft in Vorschlag mit Amerika als Senior-Mitglied, das die geschäftliche Kontrolle ausübt.

#### Referendum der Russen.

Pierre, Süd. Dok., 5. Juni. — M. D. Richards von Huron hat eine Petition mit 16,000 Namen zu einer Referendum-Abstimmung über das Prohibitions-Amendement beim Staats-Sekretär eingereicht. Der Bericht lautet, dass das Referendum gegen das Staats-Prohibitions-Gesetz gerichtet sei.

#### Kabelverbindung mit Brasilien.

New York, 5. Juni. — Das Legation eines neuen Kabels auf einer Strecke von 3,200 Meilen, das in sechs Monaten ausgeführt werden soll, wird Miami in Florida mit Velen in Brasilien verbinden. Die neue Linie wird über die Barbados laufen.

#### Verdiente Ehrung einer Frau.

Berlin, 5. Juni. — Die erste Frau, welche der Doktorhut teil wurde, ist Dr. Aurelia Reinhardt, Präsidentin von Wills Kollege. Dies ist eine der wenigen Frauen, welcher diese Ehre erteilt wurde.

— Abonniert auf diese Zeitung.

## Senator Hitchcock verlangt Aufklärung

Der volle Text der Friedensbedingungen befindet sich angeblich in Händen der Hochfinanz.

Washington, 5. Juni. — Die lebhaften Senatsbesprechungen der Friedensbedingungen an Deutschland traten gestern in ein neues Stadium, als Senator Hitchcock, der leitende Demokrat im Komitee für auswärtige Angelegenheiten, einen Vorschlag einbrachte, in welchem er verlangt, dass das Komitee die Hauptthesen des Vorsitzenden Lodge und Senator Vora, dass sich der Text der bisher nicht veröffentlichten Friedensbedingungen in Händen der New Yorker Hochfinanz befindet, einer genauen Untersuchung unterzieht.

Die Senatoren Vora und Lodge erklärten sich mit einer derartigen Untersuchung sofort einverstanden, welche den Zweck verfolgt, die Namen der Einzelpersonen, Korporationen oder Vereinigungen, welche die Friedensbedingungen in Händen haben, zu ermitteln, welche Interessen dieselben daran haben und wie und durch welche Methoden diese Schiffbrüche in deren Händen gelangten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Laufe der Untersuchung verschiedene amerikanische Friedensdelegaten in Paris zur Zeugenaussage aufgerufen werden. Verschiedene Senatoren sind antwortend gegen eine zu gründliche Untersuchung dieser Angelegenheit, da befürchtet wird, dass verschiedene hochstehende Persönlichkeiten durch dieselbe kompromittiert werden könnten. Senator Hitchcock dagegen behauptet, dass alle jene Persönlichkeiten, die für diesen Vertrauensbruch verantwortlich sind, unarmherzig vor dem Publikum bloßgestellt werden.

Senator Vora machte bekannt, dass er um eine vollständige Abschrift der Friedensbedingungen nachgehrt habe und dieselbe heute erwarde. Er wird dieselben hierauf in Protokoll des Senats aufnehmen lassen und dadurch dem Publikum zugänglich machen.

## Wiener Zeitungen über Bedingungen

Der Bericht von Marburg und Klagenfurt wird besonders schwer aufgenommen.

Wien, 5. Juni. — Sämtliche Zeitungen Wiens sind über die Forderungen durch die Alliierten auferlegten Friedensbedingungen empört und aufgeregt. Sie haben das Publikum auf derartig große Gebietsverluste nicht vorbereitet und dem Volke stets glauben gemacht, dass Österreich bedeutend besser mit Deutschland behandelt werden würde. Volkswirtschaftliche Aufregungen machen sich allenthalben breit. Besonders ausgeprägt ist man über die Italiener, Tschechen, Jugoslawen und Franzosen. Der Bericht von Marburg und Klagenfurt wird besonders betrauert. Die Arbeiterzeitung sagt: „Alles hat man uns weggenommen, ohne Rücksicht auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson; dies ist granam und herausfordernd.“ Die Reichspost erklärt, dass die Bedingungen nicht härter sein könnten.

Dr. Eduard Treisch, Direktor der österr.-ungar. Bank sagt, dass die Bedingungen seine schlimmsten Erwartungen übertreffen, doch will er sich kein bestimmtes Urteil bilden, ehe ihm nicht die finanziellen Bedingungen bekannt sind. Er erklärt, dass sich das Volk Österreichs jetzt ruhig an Deutschland, seinen Leidensgenossen anschließen mag, da es ja doch nichts mehr zu verlieren habe.

Kopenhagen, 5. Juni. — Ein aus Wien eingetroffener Bericht meldet, dass die österreichische Nationalversammlung am Samstag, den 7. Juni, in Sitzung treten wird, um die Friedensbedingungen, welche den österreichischen Delegaten am Montag in St. Germain überreicht wurden, in Beratung zu ziehen.

Jülich, 5. Juni. — Die österreichische Regierung verordnete, einem hier eingetroffenen Telegramm zufolge, eine dreitägige Trauerperiode als Protest gegen die harten Friedensbedingungen.

Es ist leicht gesagt, man müsse die Gelegenheit beim Schopfe greifen, aber leider werden auch bei den Gelegenheiten die Glaten immer häufiger.

## Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 5. Juni. (Eigenbericht.) — Repräsentant George S. Graham von Pennsylvania, ein Mitglied des Gerichtswesens, ist mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beauftragt, das eine strengere Bestrafung von Verbrechern unamerikanischer und revolutionärer Lehren in Friedenszeiten ermöglichen soll. Natürlich darf das Gesetz gegen die Umstürzler der konstitutionellen Garantien in Bezug auf Redefreiheit nicht verlesen. Generalanwalt Palmer wird dem Kongress einen Gesetzentwurf übermitteln, durch den die hauptsächlichsten Bestimmungen des Spionagegesetzes auch zur Friedenszeit Geltung haben sollen. Repräsentant Martin L. Daben, ein neues Kongressmitglied von Ohio, hat Cleveland und Akron als Sitze revolutionärer Umtriebe bezeichnet. Er befürchtet, dass es daselbst zu weiteren Demonstrationen gegen Kapital und Regierung am 4. Juli kommen wird. Herr Daben will während dieser Session seine Hauptaufmerksamkeit den Fragen widmen, die sich gegen Radikalismus und Sozialismus richten.

Die Gründung einer dritten, einer Arbeiterpartei, die wiederholt schon in diesen Korrespondenzen erwähnt wurde, ist von der Pennsylvania State Federation of Labor auf deren Konvent in Harrisburg beauftragt worden, weil wieder die demokratische noch die republikanische Partei den Arbeitern oder den Durchschnittsleuten in Amerika irgendetwas anbot. Der Konvent erklärte sich gegen die Aufnahme der Arbeiter in die Partei und verlangte Zurückziehung unserer Truppen von dort. Verschiedene Petitionen an den Kongress aus Michigan haben sich ebenfalls dafür ausgesprochen. Der Konvent bringt ferner auf Aufhebung der Senger-Vladade, welche sich gegen ungeschuldige Frauen und Kinder richtet.

Nachstehende Gesetze sind an den Kongress gestellt worden: Die Legislatur von Idaho verlangt deutsche Kanonen, um daraus ihren Kriegsteilnehmern Ehrenabzeichen prägen zu lassen. Ferner will sie auf Bundeskosten, 2,000,000 Acres Oeländ in Idaho reklamieren und darauf entlassene Soldaten und Waisenkinder ansiedeln lassen. — Ausländer, welche durch Rückgabe des ersten Paziers sich dem Kriegsdienste entgegen haben, sollen deportiert werden. — Dasselbe Schicksal sollen alle naturförmigen Ausländer teilen, welche der Verletzung des Spionagegesetzes schuldig befunden wurden. Der Bürgerbrief wird ihnen selbstverständlich entzogen. — Deutsche und Österreicher, die nach der Heimat zurückkehren, um gegen die Alliierten und die Prinzipien unserer Regierung zu kämpfen, sollen nicht mehr zurückkehren dürfen. — Prohibiert wird gegen die ehrenvolle Entlassung von prinzipiellen Kriegsgenossen und Ausweisung von Kleidern und Wohnung an sie, weil dadurch Druidegergertum und Prohibitionsungefährlich und profitabel gemacht würden. — Die Legislatur von Idaho will von Bundeswegen verhandelt sehen, dass künstlich zu denselben Preise an das Publikum verkauft wird, wie Stierfleisch, für welches der Produzent \$5 pro Hundert mehr bezahlt wird. — Die Kommission der amerikanischen Seilsarmer, Jrl. Evangelina Booth, soll den Rang eines Obersten der regulären amerikanischen Armee mit Patent erhalten und durch sie den Offizieren und Mitgliedern der Seilsarmer der Dank des Kongresses ausgesprochen werden für die unschätzbaren Dienste, welche sie den amerikanischen Soldaten in Frankreich geleistet haben. — Die Frage der Kriegsprohibition beschäftigt verschiedene Vereinigungen. Unter den Petitionen an den Kongress überwiegen die dafür bedeutend. — \$500,000 sollen vom Kongress zur Bekämpfung und Ausrottung des „European Corn Vorer“ bewilligt werden, der sich in dem Staate Massachusetts eingemischt hat und ein gefährlicher Feind nicht allein von Mais, sondern auch von Hafer und von Getreide aller Art ist. — Auch die Etablierung eines National Conservatory of Music ist angesetzt worden. Der Kongress soll eine Bewilligung machen, damit angehende Musiker und Sänger Gelegenheit zu weiterer Ausbildung erhalten und zu diesem Zweck nicht außer Landes zu gehen brauchen.

## \$50,000 Preis für Flug nach Australien

Kalifornier Wandelbildermagnat deponiert diese Summe für erfolgreichen Flieger.

Venice, Kalif., 5. Juni. — Wie heute hier bekannt wird, hat Herr Thomas S. Yace, ein vermögendere und wohlbekannter Bildermagnat, einen Preis von \$50,000 für den ersten erfolgreichen Flug von Amerika nach Australien ausgesetzt und diese Summe bereits dem hiesigen städtischen Schatzmeister mit den nötigen Anweisungen überreicht.

Der Verflücht des Herrn Yace zufolge soll der erste Flieger, der die Luftreise von den Ver. Staaten nach Australien erfolgreich befehlt, die Summe von \$35,000 erhalten. Yacens Flieger, der auf seinem Flug nach Australien zuerst die Samoa Inselgruppe erreicht, werden \$10,000 ausbezahlt werden. Sollten alle Versuche, Australien von hier per Flugmaschine zu erreichen, erfolglos sein, dann erhält der erfolgreichste Mann die volle Summe von \$50,000.

Ernstlich betrieben wird von dem neugeborenen Senator Gapper die Aufhebung des Gesetzes, welches die Sommerzeit eingeführt hat. Sie kondemniert den Farmer nicht; sie über zur Zeit großen Einfluss aus. — Kiege Dimensionen nehmen die Petitionen wegen Überforderung verbelebter Städte und Drie des Landes an. Sie betonen ganz besonders die „Congressional Records“. — Für Porto Ricos Schulen sollen 20 Jahre lang je zwei Millionen Dollars pro Jahr vom Kongress bewilligt werden. Nur 164,005 Kinder der auf der Insel erhalten Unterricht, 250,000 nicht. Das Vermögen der Bevölkerung stellt sich auf \$199 pro Kopf, in den Ver. Staaten beträgt es 1916 \$2200 pro Kopf. Ein geharnischtes Schreiben des Präsidenten Melhario Porras von Panama hat auf Antrag Senator Walshs von Montana im „Congressional Record“ Aufnahme gefunden. Es bildet die Antwort auf einen Brief des Kommandeurs der Kanalzone, General M. W. Woodford, und einen Bericht seines Generalinspektors, Major Wells vom Judge Advocate General Department, die in der letzten Session des 65. Kongresses im „Congressional Record“ Aufnahme gefunden hatten. Der Brief des Generals und der Bericht des Majors behandelten die angeblich in den beiden Hauptstädten von Panama, Panama und Colon, bestehenden unbilligen Verhältnisse. Der Brief des Präsidenten Melhario wirkt verblüffend. Major Wells hatte berichtet, er habe in der Hauptstraße von Panama Erhebungen anstellen lassen, mit dem Ergebnis, dass von 100 Frauen, die angeprochen wurden, nur drei sich weigerten, den vermeintlichen Don Juans ein Schicksal zu bewilligen. Und eine der drei habe aus dem Grunde von einem Besuche nichts wissen wollen, weil ihr Mann gerade zu Hause sei. Präsident Melhario Porras bezeugt die Behauptung, es gäbe in Panama nur zwei Frauen, die nicht dienen sind, als mehr wie erlaublich. Er sieht darin einen weiteren Beweis der allgemeinen amerikanischen Unkenntnis in Verbindung mit lateinisch-amerikanischen Zuständen und eine Bestätigung der Vorurteile hochgehaltener Amerikaner, deren antilige Position sie diplomatisch und diskret machen sollte. Präsident Melhario erklärt die Veröffentlichung der Angaben Major Wells für die unangenehmste und unschmeichelhafteste, die seinem Lande je widerfahren ist. Panama wäre zwar nur ein kleiner Staat, aber ein Freund und sogar ein Verbündeter der Ver. Staaten. Der eine diplomatische Zwischenfall mit Panama ist durch Veröffentlichung der Angaben Major Wells abgetan worden; für einen zweiten ist Senator Reed von Missouri verantwortlich, der in seiner Völkerverbund-Rede behauptete, die Bevölkerung Panamas bestöhe zu 90 Prozent aus Negern und Malakten. Ein Antwort auf diese Affäre steht noch aus. Die Petition mit Panamas erfolgte gemeinschaftlich am Vorabend der pan-amerikanischen Konferenz, die vom 2. bis 6. Juni in Washington stattfindet.

Einbildung ist verantwortlich für die Hälfte unserer Sorgen, und Dummheit für die andere Hälfte.

## Fürchterliches Grubenunglück

### 125 Kohlengraber getötet, über 60 verletzt; Sunknen, die einem gebrochenen Draht entspringen, verursachten eine Explosion

#### Herzbrechende Szenen am Eingang des Schachtes

Wilkesbarre, Pa., 5. Juni. — Infolge einer Explosion im Baltimore Tunnel der Delaware & Hudson Coal Company sind 125 Grubenleute ums Leben gekommen und 60 andere verletzt worden. Bis jetzt sind etwa 90 Leiden geborgen worden. Die Beamten der Gesellschaft sagen, befinden sich noch 30 Leichen im Kohlenbergwerk. Mehrere der Verletzten sind bereits gestorben, und andere im Hospital befindliche Kohlengraber sind so schwer verletzt, dass sie nicht mit dem Leben davon kommen werden.

## Frauenstimmrecht im Senat angenommen

Daselbe muß jedoch, ehe es in Kraft tritt, von den Staaten ratifiziert werden.

Washington, 5. Juni. — In der gestrigen Senatssession wurde das Susan B. Anthony Amendement, welches den Frauen der Vereinigten Staaten das Stimmrecht gewährt, mit 56 gegen 25 Stimmen angenommen. Dieser Gesetzesvorschlag wurde im Jahre 1875 von Susan B. Anthony ausgearbeitet und 1878 von Senator Sargent von Kalifornien dem Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt, so daß die Verfechter des Frauenstimmrechtes tatsächlich über vierzig Jahre für die Annahme deselben kämpften. Das Abgeordnetenhaus hatte diese Vorlage bereits beim ersten Zusammentritt des neuen Kongresses am 21. Mai mit 304 gegen 89 Stimmen angenommen.

Ehe dieser Zusatz zur Bundeskonstitution jedoch Gesetzeskraft erhält, muß er von den gesetzgebenden Körperschaften oder Legislaturen von mindestens 36 der 48 Staaten des Landes ratifiziert werden. Für das Frauenstimmrecht erklärten sich nachstehende Senatoren: Republikaner: Copper, Cummins, Curtis, Edge, Ekins, Fall, Fernald, France, Frelinghuysen, Gronna, Hale, Harding, Johnson (von California), Jones (von Washington), Kellogg, Keenan, Keyes, La Follette, Lenoir, McCormick, McCumber, McLean, New, Newberry, Norris, Page, Phillips, Poindexter, Sherman, Smoot, Spencer, Sterling, Sutherland, Warren, Watson. — Zusammen 33. — Republikaner: Wagner, Wagner, Warren, G. W. Wilson, Harris, Henderson, Jones (New Mexico), Kendrick, Kirby, McCallar, Myers, Nugent, O'Brien, Pittman, Ranssoll, Sheppard, Smith (Arizona), Stallen, Thomas, Walsh (von Montana). — Zusammen 29. — Zusammen 56 Stimmen.

Gegen Annahme der Vorlage erklärten sich: Republikaner: Vora, Brandegee, Dillingham, Knox, Lodge, McKeon, Moies und Washworth. — Zusammen 8. — Demokraten: Rankin, Beckham, Dial, Fisher, Gay, Harrison, Hitchcock, Overman, Reed, Simmons, Smith von Maryland, Smith von Süd-Carolina, Swenlon, Trammell, Underwood, Williams und Wolcott. — Zusammen 17. — Zusammen 25 Stimmen.

#### Der Beschlus des Amendements.

Artikel 1, Sektion 1 — Das Stimmrecht der Bürger der Vereinigten Staaten soll von den Vereinigten Staaten wegen Geschlechtsangehörigkeit nicht verweigert oder verweigert werden.

Sektion 2 — Dem Kongress ist die Macht gegeben, die Verfügungen dieses Artikels durch zweifelhafte Gesetze auszuführen zu bringen.

Verschiedene Senatoren verführten die Frauenstimmrechts-Vorlage durch Amendements umändern, waren aber in ihren Bemühungen erfolglos. Die Befürworter und Wortkämpfer des Frauenstimmrechtes hoffen zuverlässig, dass dasselbe bis nächsten Frühjahr von der nötigen Anzahl von Staatslegislaturen ratifiziert werden wird, um Gesetzeskraft zu erlangen. Senator Gay dagegen behauptet, daß die Südstaaten die Annahme dieses Gesetzes, welches auch jeder Vegerin das Stimmrecht verleihe würde, erfolgreich bekämpfen werden.

Tausende vor Angst und Schrecken fast maßlos gewordenen Frauen und Kinder, Angehörige von Grubenleuten, die in dem Tunnel arbeiteten, eilen wehklagend von einer Morgue in die andere, um in Erfahrung zu bringen, ob ihre Ernährer sich unter den Opfern befinden.

Das heutige Unglück ist das schlimmste, das jemals in Hartkohlengruben dieser Gegend zu verzeichnen gewesen ist. Das Unglück in dem Abwende Bergwerk forderte 196 Menschenleben.

Die Explosion ereignete sich dadurch, daß ein elektrischer Draht brach und die demselben entzündenden Funken in einen mit schwarzen Sprengpulver gefüllten Wagen fielen. Zur Zeit der Explosion befanden sich 200 Bergleute auf dem Wege zu den Stollen. Die meisten der unglücklichen Kohlengraber starben durch Einatmen der Flammen; viele aber wurden durch die Gewalt der explosiven Kräfte in die Höhe geschleudert. Andere wieder ertranken in dem Wassergraben, der sich längs des Tunnels erstreckte. Unter den Getöteten befanden sich auch aus dem Kriege zurückgekehrte Soldaten, die wegen Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet waren.

Das Unglück ereignete sich um 6:40 früh, als sich die Grubenleute auf dem Wege zur Arbeit befanden. Die Explosion war meilenweit vernnehmbar.

Um 7 Uhr wurde die Einfahrt des Schachtes von tausenden Personen umlagert. Die geborgenen Leichen wurden auf den Higelabhängigen niedergelegt; die Szenerie hatte das Aussehen eines Schlachtfeldes. Mütter, Frauen und Kinder eilten von einem Leichnam zum andern, und eine Anzahl derselben wurde beim Anblick des geliebten Toten ohnmächtig.

Alle Kerzte der Stadt und Umgegend wurden so schnell wie möglich nach der Unglücksstätte befördert. Ambulanzen eilten von allen Richtungen herbei. Viele derjenigen, die noch lebend an die Oberfläche befördert werden konnten, gaben bald ihren Geist auf.

Der Obersteiger befand sich zur Zeit der Explosion im vierten Wagen; der Mann entkam, ohne irgend welche Verletzungen erlitten zu haben.

#### Die Kriegsprohibition.

Washington, 5. Juni. — In seinem Bericht an das Justizkomitee des Hauses wegen Widerruf der Kriegsprohibition erklärte Herr Adolf Reed, Vertreter der „Family Wine and Liquor Dealers Association“, daß Senator Simmons, Vorkämpfer des Finanz-Ausschusses im letzten Senat, im November sagte, daß das Gesetz am 1. Juli von selbst außer Kraft treten würde, und er könne getrost nach Hause gehen und sich darum nicht zu kümmern. Gefragt von Nebräsentant Keavis und andern Mitgliedern, sagte Reed, daß die Unterhaltung im Zimmer des Senators Simmons stattgefunden habe. Dort war er, um gegen die Prohibitions-Frage zu protestieren. Anwalt Marr Goldberg sagte, er habe vernommen, daß Präsident Wilson dem Kongress das Obium des Widerrufs der Kriegsprohibition aufzuden wollte.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute nachmittags und abends. Freitag teilweise bewölkt. Wenig Wechsel in Temperatur.

Für Nebraska — Allgemein schon heute abend und Freitag, gefolgt von Schauern im nördlichen Teil heute abend. Wenig Wechsel in Temperatur.

Für Iowa — Wahrscheinlich Schauer heute nachmittags und abends. Freitag teilweise bewölkt. Wenig Wechsel in Temperatur.